



HESSISCHER LANDTAG

12. 05. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kunst und Kultur verlässlich und unbürokratisch finanzieren – Chancen des Masterplans Kultur endlich nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass eine freie und vielfältige Kunst- und Kulturszene ein zentraler Schlüssel für ein lebendiges demokratisches Gemeinwesen ist. Kunst und Kultur ermöglichen kritische Reflexion, zeigen gesellschaftliche und politische Missstände auf, fördern den Austausch untereinander und bringen Menschen zusammen, die sich ansonsten nicht begegnen würden. Damit sich Kunst und Kultur frei entfalten können, brauchen die vielen kreativen und gestaltenden Menschen in unseren Kultureinrichtungen genauso wie frei produzierende Künstlerinnen und Künstler, Ensembles, Einrichtungen und Strukturen in freier Trägerschaft aus allen Bereichen verlässliche und unbürokratische Förderstrukturen. Die Finanzierung von Kunst und Kultur darf kein nettes Extra für wirtschaftlich gute Zeiten sein, sondern muss als wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge begriffen werden und somit gerade auch in Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche und Herausforderungen gesichert sein.
2. Vor diesem Hintergrund zeigt sich der Landtag besorgt, dass die Finanzierung von Kunst und Kultur auf allen Ebenen – von den Kommunen über die Länder bis hin zum Bund – in den letzten Jahren zunehmend unter Druck gerät. Nicht zuletzt die jüngsten Kürzungen der Bundesregierung bei der freien Theaterszene, beim Bündnis internationaler Produktionshäuser mit dem Frankfurter Künstlerinnen- und Künstlerhaus Mousonturm oder die Streichung des KulturPasses für junge Menschen senden ein völlig falsches Signal in wirtschaftlich und gesellschaftlich angespannten Zeiten.
3. Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass auch in Hessen die Finanzierung von Kunst und Kultur mit dem Haushalt 2026 unter Druck geraten könnte. So sollen im Einzelplan 15 des Landeshaushalts 2026 noch mindestens sechs Millionen Euro im Haushaltsvollzug, also im Laufe des Jahres, gekürzt werden. Trotz Nachfragen in der kursorischen Lesung hat das Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur bisher weder dem Parlament noch der Öffentlichkeit erklärt, in welchen Bereichen in welcher Höhe gekürzt werden soll. Klar ist bislang lediglich, dass die Gala zum Hessischen Film- und Kinopreis 2026 ausfallen und bei den Ottilie-Roederstein-Stipendien zur Förderung von Frauen in Kunst und Kultur in diesem Jahr gekürzt werden soll. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, schnellstmöglich Klarheit für die hessischen Kultureinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler zu schaffen und Kunst und Kultur in Hessen auskömmlich zu finanzieren.
4. Der Landtag stellt fest, dass es jenseits einer auskömmlichen Finanzierung von Kunst und Kultur auch mehr Verlässlichkeit, Planungssicherheit und einer Entbürokratisierung von Förderstrukturen bedarf. Entgegen ihrer vollmundigen Entbürokratisierungsankündigungen hat die Landesregierung bisher jedoch keine Maßnahmen zur Entbürokratisierung der Förderstrukturen in Kunst und Kultur ergriffen. Im Gegenteil: Wie die Landesvereinigung Kulturelle Bildung Hessen e. V. und verschiedene Akteurinnen und Akteure der freien darstellenden Künste in Hessen Ende 2025 in Forderungspapieren kritisiert haben, habe die Planungsunsicherheit durch langwierige Verwaltungsabläufe, ineffiziente Verwaltungsstrukturen und immer längere Verzögerungen bei der Bearbeitung und Bewilligung von Förderanträgen in den letzten Jahren nochmal deutlich zugenommen. Bei Bearbeitungszeiten von bis zu acht Monaten kommen Förderzusagen bei Projekten in der ersten Jahreshälfte zum Teil erst nach Abschluss des zu fördernden Projekts, sodass inzwischen viele Kulturangebote nur noch in der zweiten Jahreshälfte stattfinden können. Dies hängt nicht zuletzt mit der immer späteren Verabschiedung des Landeshaushalts zusammen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die verschiedenen Vorschläge der hessischen Kulturszene

unter anderem zur Verkürzung von Antragsfristen und Förderentscheidungen, zur Ermöglichung längerer, auch überjähriger Förderzeiträume und zur Abstimmung von Antragsverfahren zwischen kommunaler, Landes- und Bundesebene ernsthaft zu prüfen und die Förderverfahren und -praxis deutlich zu vereinfachen.

5. Der Landtag betont, dass Kultur bei jeder und jedem Einzelnen beginnt. Mit dem groß angelegten, partizipativen Beteiligungsprozess im Rahmen des Masterplans Kultur wurde deswegen in der letzten Wahlperiode eine wichtige Grundlage für einen kontinuierlichen Austausch zwischen der hessischen Kulturpolitik und der hessischen Kulturszene geschaffen. Mit dem daraus entstandenen Masterplan Kultur liegt ein Plan mit konkreten Handlungsempfehlungen für die Kulturpolitik und die Entwicklung der hessischen Kunst- und Kulturszene in den kommenden Jahren vor. Der Landtag nimmt mit Bedauern zu Kenntnis, dass die aktuelle Landesregierung kaum erkennbares Interesse daran zeigt, auf diese Arbeit aufzubauen und die Empfehlungen des Masterplans Kultur mit Leben zu füllen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich erkennbare Anstrengungen zu unternehmen, die zentralen Empfehlungen des Masterplans in die Umsetzung zu bringen. Insbesondere sollte sie den jüngst neu gegründeten Kulturrat als echte Chance für die Weiterentwicklung und Professionalisierung der hessischen Kunst- und Kulturszene und als wichtiges Beratungsgremium für die hessische Kulturpolitik begreifen und seine Arbeit entsprechend fördern und unterstützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. Mai 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)